

„Integration verändert auch die Mehrheitsgesellschaft“

Migrationshistoriker Klaus J. Bade über neue Chancen und einen Startschuss, der 25 Jahre zu spät fällt

Ist der Gipfel, an dem Sie ja auch selber teilnehmen, eine Show-Veranstaltung, wie jetzt öfter behauptet wird?

Sicher nicht, weil er Auftakt zu einer Reihe von anschließenden Initiativen ist. Aber etwas Show muss in unserer Mediengesellschaft bekanntlich dabei sein, wenn man einen Startschuss geben will.

Kommt dieser Startschuss denn zur richtigen Zeit?

Nein, er kommt im Prinzip ein Vierteljahrhundert zu spät, denn die Bundesrepublik war schon in den 80er Jahren eindeutig auf dem Weg zum Einwanderungsland. Das zeigten alle in der Forschungsdiskussion verfügbaren Indikatoren. Aber das war politisch nicht gewollt und wurde dementiert mit der Tabu-Formel „Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland“. Ich habe damals von „defensiv-

ver Erkenntnisverweigerung“ mit möglicherweise enormen sozialen Folgekosten gesprochen.

Welche Kosten meinen Sie?



Foto: Erich Mähler

Der Osnabrücker Forscher und Politikberater **Klaus J. Bade** hat sich mit Migration in Europa und Deutschland beschäftigt. Er nimmt am Integrationsgipfel am Freitag im Kanzleramt teil.

Die sind heute mit den Händen zu greifen: Rückstände in der Sprachkenntnis, in Bildung und Ausbildung mit der Folge von Benachteiligungen am Arbeitsmarkt,

das heißt entsprechend hohen und für die Sozialsysteme teuren Arbeitslosenzahlen, von den vielen lebensgeschichtlichen Benachteiligungen einmal ganz abgesehen.

Ist die Integration also gescheitert?

Nein, natürlich nicht, das verkünden nur populistische Stimmen. Wäre sie komplett gescheitert, dann hätten wir schwerste Konflikte im Land. Dass es nicht dazu gekommen ist, hat mit der vielen denunzierten, in Wirklichkeit friedlichen Integrationsbereitschaft der Zuwandererbevolkerung zu tun. Aber es hat unnötig schwere Benachteiligungen gegeben, und es gibt auch zunehmend Konfliktpotenziale bei der zweiten Generation; denn ein Einwanderungsland wider Willen darf sich über widerwillige Einwanderer nicht wundern.

Was könnte geschehen, um die Versäumnisse der Vergangenheit noch abzufangen?

Was wir heute brauchen, ist nicht denunziatives Gejammer über unzureichende Integration, sondern nachholende Integrationspolitik, die genau dort investiert, wo es Integrationsprobleme gibt: in Bildung, Ausbildung und beim Zugang zum Arbeitsmarkt.

Ist also alles nur ein materielles Problem?

Nein, es ist auch ein mentales Problem: Integration ist ein gesellschaftliches Geschäft auf Gegenseitigkeit, das beide Seiten verändert: Von der Zuwandererbevolkerung ist Integrationsbereitschaft zu erwarten, von der Mehrheitsgesellschaft die Bereitschaft zu mehr Einübung in den Umgang mit kultureller Vielfalt.

— Das Gespräch führte Andrea Dernbach

Der Tagesspiegel, 13.7.06